

Politikum: Warum nun drei provisorische Schulbauten die Raumnot lindern müssen

Ersatzlösungen Der Landtag soll im Juni den Krediten für den Bau von zwei weiteren Schulraumprovisorien zustimmen. Gebaut werden sollen beide im Oberland. Dort steht bereits eins beim Gymnasium.

VON DORIS QUADERER

Kaum ein Thema wird immer wieder so emotional im Landtag diskutiert wie die Schulraumplanung. Denn die Unterländer fühlen sich diesbezüglich benachteiligt. Während es im Oberland in vier Gemeinden weiterführende Schulen gibt, müssen sich die Unterländer mit lediglich einem Standort zufriedengeben. Seit fast zwei Jahrzehnten dauert das Tauziehen um ein zweites Schulzentrum Unterland (SZU II) bereits an. Im Jahr 2009 wurde im Landtag sogar ein Kredit in Höhe von 55,6 Millionen Franken genehmigt, der Bau hätte 2010 in Ruggell beginnen sollen. Doch nach dem Nein zur Schulreform SPES wurde der Bau, in welchem auch die Sportschule und die Berufsmaturitätsschule Platz gefunden hätten, sistiert. Im März 2012 sprach sich die knappe Mehrheit der Landtagsabgeordneten erneut für den Bau des SZU II aus. Allerdings hätte die Regierung aufgrund einer Motion erneut einen Finanzbeschluss vorlegen müssen. Doch dazu kam es nicht, denn angesichts des klaffenden Loches in der Landesrechnung und der daraus resultie-



Bereits in den 90er-Jahren wollte man den Schulstandort St. Elisabeth aufgeben. Wenn der Landtag dem Bau eines Provisoriums am Standort Mühleholz zustimmt, dann wird in zwei Jahren definitiv der Schlüssel gedreht. (Foto: M. Zanghellini)

renden Sparbemühungen stand das Schulprojekt plötzlich quer in der Landschaft. Daran vermochte auch eine parteiübergreifende Interpellation nichts zu ändern, die verlangt hatte, eine günstigere Variante des SZU II zu prüfen.

Drei Provisorien sollen es richten

Doch der Handlungsbedarf blieb und die Regierung muss nun «Pflasterpolitik» betreiben, um die

größten Infrastrukturprobleme zu entschärfen. Ein Provisorium ist im vergangenen Jahr bereits für 1,5 Millionen Franken beim Gymnasium erstellt worden. Damit müssen dort die Schüler nicht mehr in der Kapelle und im Keller unterrichtet werden. Nun sollen zwei weitere Provisorien folgen, eines für 3,5 Millionen Franken ebenfalls im Bereich Mühleholz. Dort sollen die Real- und Sportschüler unterkommen, welche

derzeit in der Schule St. Elisabeth in Schaan unterrichtet werden. Ein weiteres 1,7 Millionen Franken teures Provisorium soll die Raumnot in der Schule Giessen in Vaduz lindern, wo derzeit das 10. Schuljahr und die Vollzeitlehrgänge der Berufsmaturitätsschule (BMS) untergebracht sind.

Warum keine fixe Lösung?

Da mag man sich fragen, weshalb jetzt Millionen für Provisorien aus-

gegeben werden und nicht gleich ein neues Schulzentrum gebaut wird. Ist dieses Vorgehen nicht planlos? «Nein», sagt dazu Infrastrukturminister Daniel Risch, «das ist keineswegs planlos. Damit die Probleme nachhaltig und langfristig gelöst werden können, muss vorab die Diskussion und die Beschlussfassung über die landesweite Schulbautenstrategie erfolgen.» Bis dann tatsächlich gebaut werden könne, vergangen erfahrungsgemäss mehrere Jahre. Denn auch wenn das Moratorium für das SZU II aufgehoben würde, würde es eine Zeit dauern, bis dieses wirklich gebaut wäre. Daher brauche es die Übergangslösungen, argumentiert der Minister. Auch auf die Frage, warum denn nicht wenigstens eines dieser Provisorien im Unterland gebaut werde, hat Daniel Risch eine Antwort parat. Für die Realschüler des St. Elisabeth mache nur der Standort in Vaduz Sinn, da damit die Schaaner Realschüler an einem Standort zusammengeführt werden könnten. Und für ein Provisorium der Berufsmaturitätsschule sei der Platz beim bestehenden Schulzentrum Unterland zu klein.

Schulbautenstrategie soll kommen

Doch das Ende der Provisorienbaurei ist in Sicht: Die langfristig angelegte Schulbautenstrategie wird laut dem Minister derzeit finalisiert. Daniel Risch geht davon aus, dass sie noch in diesem Jahr dem Landtag vorgelegt werden kann. Dann wird der Landtag wohl einmal mehr entscheiden müssen, ob das Unterland nun ein zweites Schulzentrum bekommt oder ob ein solches dann doch im Oberland gebaut wird.

Unfall in Ruggell

Beim Ausparken nicht aufgepasst

RUGGELL Eine Autolenkerin kollidierte - als sie am Dienstag um circa 16.40 Uhr bei einem Einkaufszentrum in Ruggell aus einem Parkfeld fuhr - zweimal gegen ein anderes Auto, das hinter ihrem stand. Laut Mitteilung der Landespolizei vom Mittwoch verliess die Frau den Unfallort, ohne sich um den geringen Schaden, der an beiden Fahrzeugen entstand, zu kümmern. (red/lpfl)

www.volksblatt.li

Ungleichbehandlung des Landesspitals wird aufgehoben

Staatsbeitrag an OKP soll gleichbleiben

VADUZ Die Regierung möchte den Staatsbeitrag 2018 an die obligatorische Krankenversicherung auf dem Niveau des Vorjahres belassen. Das hat sie in der letzten Sitzung beschlossen und einen entsprechenden Bericht und Antrag zuhanden des Landtages verabschiedet. Gleichzeitig soll der Anteil der vom Staat übernommenen Behandlungskosten des Landesspitals demjenigen der anderen Spitäler, bei denen der Staat einen Beitrag leistet, angepasst werden. Bisher übernimmt der

Staat 23 Prozent der Kosten der stationären Behandlungen des Landesspitals, die Krankenkassen müssen dort 77 Prozent der Kosten tragen. Bei Vertragsspitälern der Grundversicherung in der Schweiz übernimmt der Staat jedoch 55 Prozent der Kosten, während die Krankenkassen lediglich 45 Prozent zahlen müssen, wie es in einer Mitteilung der Regierung heisst. Im Sinne der Gleichbehandlung sowie der Vergleichbarkeit der Spitalkosten mit der Schweiz soll der Staatsanteil

beim Landesspital nun ebenfalls auf 55 Prozent angehoben werden. Für das Landesspital ändert sich dadurch lediglich der Finanzierungsschlüssel, die Massnahme ist für das Spital kostenneutral. Durch diesen geänderten Finanzierungsschlüssel werden jedoch künftig rund 4 Millionen Franken mehr aus der Staatskasse an das Landesspital fliessen. Damit der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenversicherung jedoch auf dem Niveau des Vorjahres bleibt, werden diese

4 Millionen Franken vom Staatsbeitrag an die Krankenkassen abgezogen. Schliesslich sparen die Krankenkassen durch den geänderten Verteilungsschlüssel diese 4 Millionen wieder ein. 2018 sollen die Krankenkassen daher nur 29 Millionen statt 33 Millionen Franken bekommen.

Für Prämienzahler ändert sich nichts

Für die Prämienzahler hat dieser geänderte Mechanismus keine Auswirkungen. (dq)

«Gleichlange Spiesse» finden Weg in Landtag

BuA Während einige Gleichstellungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen mit der Schweiz bereits durch sind, folgt nun auch die Anpassung des Entsendegesetzes.

Die Regierung hat am Dienstag den Bericht und Antrag (BuA) betreffend die Abänderung des Entsendegesetzes sowie die Abänderung weiterer Gesetze zuhanden des Landtags verabschiedet. Dieser betrifft die vorgeschlagenen Gesetzesrevisionen im Zusammenhang mit den grenzüberschreitenden Dienstleistungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Dort bestehen beziehungsweise bestanden zum Teil erhebliche Unterschiede bei den in Liechtenstein und in der Schweiz geltenden Rechtsvorschriften und der Behördenpraxis.

«Gleichlange Spiesse» schaffen

Unter dem Schlagwort «Gleichlange Spiesse» hat sich die Wirtschaftskammer zusammen mit zahlreichen «Gewerblern» für mehr Gerechtigkeit eingesetzt und Taten gefordert. Im vergangenen Jahr wurde deshalb ei-

ne Kundgebung auf dem Regierungspplatz abgehalten, um die Forderung mit 250 Unterschriften von Unternehmern zu bekräftigen.

Effektivere Kontrollen ermöglichen

Dies zeigte Wirkung: Die Regierung hat im Sinne der Gleichbehandlung verschiedene Massnahmen ausgearbeitet und zu einem wesentlichen Teil bereits auf den 1. Januar 2017 umgesetzt. Damit wird es - kurz zusammengefasst - für die Schweizer Gewerblern nicht mehr so einfach wie früher, in Liechtenstein tätig zu sein. Sie müssen sich den gleichen bürokratischen Hürden stellen, die auch für die Liechtensteiner in der Schweiz gelten. Das sorgte bereits für ersten Unmut ennet des Rheins. Die Teilrevision des Entsendegesetzes bildet nun eine wichtige noch zu treffende gesetzgeberische Massnahme, schreibt die Regierung. Sie



Im letzten Jahr trafen sich die heimischen Gewerbetreibenden zu einer Protestaktion - Eigentlich sehr untypisch für das Land. Sie zeigte aber Wirkung. (Foto: MZ)

beinhaltet insbesondere folgende Schwerpunkte: So soll mit der vorgeschlagenen Revision die Zentrale Paritätische Kommission (ZPK) eine bessere gesetzliche Abstützung erhalten. Die ZPK, eine zur Kontrolle der Einhaltung von allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen eingesetzte, von den Sozialpartnern besetzte Kommission, soll mit gesetzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, die effektivere Kontrollen ermöglichen. Zudem wird die Einführung einer Sanktionskompetenz des Amtes für Volkswirtschaft bei Verstössen gegen das Entsendegesetz vorgesehen. Nach

geltendem Entsenderecht obliegt die Kompetenz dem Landgericht. Einfacher gesagt: Eine Liechtensteiner Firma wurde bislang in der Schweiz sehr konsequent auf die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geprüft, sozusagen «stehen Schweizer Kontrolleure vom ersten Arbeitstag an auf der Baustelle» - was bei Liechtensteins Gewerblern für Missmut sorgte. Hierzulande waren die Kontrollen im Vergleich bisher eher lasch. Das Amt für Volkswirtschaft soll deshalb weitere Befugnisse erhalten und bei Bussen nicht mehr erst beim Landgericht anfragen müssen. (hm/ikr)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Bölli

KOPF

AUA, I HA MER VOLL DR BÖLLI ATÖTSCHT. DAS TUAT SAUMENTISCH WEH.